

## Aktuelle Rahmenbedingungen in Mosambik und Malawi

Mosambik und Malawi sind Schwerpunktländer im Rahmen der deutschen bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und gehören zu den auf der Länderliste des BMZ aufgeführten 57 Partnerländern. Mosambik ist darüber hinaus Pilotland im Aktionsprogramm 2015.

|  | <b>MOSAMBIK</b> | <b>MALAWI</b> |
|--|-----------------|---------------|
| Bevölkerung, 2007                                    | 21,9 Mio.       | 14,4 Mio      |
| Human Development Index                              | 172 von 182     | 160 von 182   |
| Lebenserwartung bei Geburt, 2007                     | 47,8 Jahre      | 52,4 Jahre    |
| Bevölkerung mit unter 1,25 US\$ pro Tag, 2000 - 2007 | 74,7 %          | 73,9 %        |
| Bevölkerung mit unter 2 US\$ pro Tag, 2000 - 2007    | 90,0 %          | 90,4 %        |
| GDP pro Kopf in US\$, 2007                           | 802,-           | 761,-         |
| HIV (Bevölk. 15 - 49 Jahre), 2008                    | 12,5 %          | 11,9 %        |
| Alphabetisierungsrate (ab 15 Jahren), 1999 - 2007    | 44,4 %          | 71,8 %        |

Daten aus: UNDP, Human Development Report 2009 Mosambik und Malawi

### Mosambik

Mosambik wurde nach einem gegen die portugiesische Kolonialregierung geführten Krieg im Juni 1975 unabhängig. Die FRELIMO (*Frente de Libertação de Moçambique*), die seit 1964 im Unabhängigkeitskrieg gekämpft hatte, übernahm die Regierung und ist bis heute Regierungspartei. Bereits ein Jahr nach der Unabhängigkeit begann der Bürgerkrieg, in dem die Rebellenbewegung RENAMO (*Resistência Nacional Moçambicana*) gegen die Regierung und die Einführung des Sozialismus kämpfte. Gegen Ende der 80er Jahre kam es in Rom mit Unterstützung der katholischen Laiengemeinschaft Sant' Egidio zu Verhandlungen, die 1992 in einen Friedensvertrag mündeten. 1994 wurden die ersten Mehrparteienwahlen durchgeführt.

Die 1990 in Kraft getretene Verfassung machte den Weg frei für ein Mehrparteiensystem. Grundlage der Verfassung sind die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, Gewaltenteilung, Mehrheitswahlrecht und politischer Pluralismus. In der Realität wird allerdings eine Tendenz zum Einparteiensystem sichtbar. Im November 2004 wurden mit einer umfassenden Verfassungsänderung u.a. auch Wahlen zu beratenden Provinzversammlungen eingeführt, die zum ersten Mal am 28. Oktober 2009 stattfanden.

Das Prinzip der Gewaltenteilung wird in der Realität auf Grund der Dominanz der Exekutive nur teilweise umgesetzt. Eine parlamentarische Kontrolle findet eingeschränkt statt; die meisten Gesetzesinitiativen kommen von der Exekutive. Eine Herausforderung liegt daher in der Stärkung der Parlamentsarbeit.

Die Präsidentschafts-, Parlaments- und Provinzwahlen vom 28. Oktober 2009, deren Ergebnisse am 11. November durch den Verfassungsrat für gültig erklärt wurden, bestätigten erneut die vormalige Einheitspartei und ununterbrochen regierende FRELIMO (Sitzverteilung im Parlament: FRELIMO 191 Sitze, RENAMO 51 Sitze, MDM 8 Sitze). Neben der FRELIMO gibt es die Oppositionspartei RENAMO, die sich von einer bewaffneten Bewegung in eine Partei umgewandelt hat, ein Prozess, dessen Folgen noch immer spürbar sind.

Eine Alternative zeichnet sich durch die im März 2009 gegründete Partei MDM (*Movimento Democrático de Moçambique*) unter Vorsitz des Bürgermeisters von Beira, Daviz Simango, ab, der vor den Kommunalwahlen im November 2008 aus der RENAMO ausgeschlossen worden war und derzeit die einzige oppositionelle Kommunalregierung führt.

Im Zusammenhang mit den Wahlen im Oktober 2009 zeigten sich Schwächen der Wahlgesetzgebung, fehlender politischer Wille auf Seiten der staatlichen Institutionen zur möglichst breiten Beteiligung der Parteien und mangelnde Organisationsfähigkeiten vor allem der oppositionellen Parteien. Ein strittiger Punkt war die Nichtzulassung einer Reihe von Kandidatenlisten bzw. Parteien zu den Wahlen wegen fehlerhafter Dokumente. Mangelnde Transparenz der Wahlkommission und Unregelmässigkeiten bei den Wahlen stärkten nicht das Vertrauen in den Prozess. Auffallend ist die niedrige Wahlbeteiligung von rund 44 % der eingeschriebenen Wähler.

Die organisatorischen Strukturen der Zivilgesellschaft sind schwach. Die Mehrzahl der etablierten Nichtregierungsorganisationen (NRO) ist eng mit dem Staat verbunden, und die Regierung übt zunehmend Kontrolle auf die Zivilgesellschaft aus. Die politische und ökonomische Beteiligung der Bürger wird durch ein geringes Ausbildungsniveau – nur jeder zehnte Erwachsene verfügt über einen weiterführenden Schulabschluss – und fehlenden Zugang zu Information erschwert.

Mosambik hat sich schrittweise von der Planwirtschaft verabschiedet und seit dem Ende des Bürgerkriegs ein wirtschaftliches Reformprogramm durchgeführt. Defizite bestehen allerdings im Bereich gute Regierungsführung, wobei hier besonders die Korruption zu nennen ist. Positive Wachstumszahlen der vergangenen Jahre haben nicht zu einer spürbaren Verbesserung der Armutssituation geführt.

Stand: 25. März 2010

## Malawi

Hastings Kamuzu Banda führte Malawi 1964 auf dem Verhandlungswege aus der britischen Kolonialherrschaft in die Unabhängigkeit. Er setzte 1966 eine auf ihn zugeschnittene Verfassung in Kraft und zementierte die Herrschaft seiner *Malawi Congress Party* (MCP), indem diese den Rang einer Einheitspartei einnahm. Politische Opposition wurde rücksichtslos verfolgt. 1971 ließ er sich zum Staatspräsidenten auf Lebenszeit ernennen. Die Medien waren gleichgeschaltet; eine Zivilgesellschaft gab es nur in Ansätzen. In der Regierungszeit Bandas kam es zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Erst im Mai 1994, nachdem Banda auf Druck der Geber ein demokratisches Regierungssystem einführen musste, wurde der damals über 90 Jahre alte Diktator bei den ersten freien Wahlen des Landes aus dem Amt gewählt.

Seit Mitte 2004 regiert Präsident Bingu wa Mutharika, der mit seinen Maßnahmen gegen die Korruption, der Sanierung des Haushalts und anderen Reformen das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft nach den Korruptionsskandalen seines Vorgängers zunächst wiederherstellen konnte. Ende Januar 2005 trat er nach Differenzen mit seinem Vorgänger Muluzi und der Regierungspartei UDF (*United Democratic Front*) aus dieser aus und gründete seine eigene Partei, die *Democratic Progressive Party* (DPP). Diese konnte zunächst keine Verankerung in der politischen Landschaft Malawis finden und der Präsident sah sich im Parlament mit einem informellen Oppositionsbündnis von UDF und MCP konfrontiert, das die Arbeit der Regierung massiv behinderte. Die Situation änderte sich grundlegend mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 19. Mai 2009. Mutharika gewann die Präsidentschaftswahlen mit 66 % der Stimmen und seine Partei DPP verfügt im Parlament über die absolute Mehrheit.

Ausländische Beobachter haben die Wahlen meist positiv bewertet. Die Wahlbeteiligung sei gut und der Verlauf der Wahlen friedlich gewesen. Zu Zwischenfällen oder Schwierigkeiten in den Wahllokalen sei es vereinzelt gekommen, diese seien dann aber gelöst worden. Bemängelt wurde der fehlende gleichberechtigte Zugang zu den staatlichen Medien für Wahlwerbung der Parteien. In den staatlichen Medien wurde fast ausschließlich Werbung der DPP gesendet.

Im landesweiten Erfolg liegt eine Besonderheit der Wahlen: regionale Loyalitäten zu bestimmten Parteien bzw. Personen haben anscheinend keine Rolle gespielt. Bingu wa Mutharika hat im gesamten Land klare Gewinne erzielt. Anscheinend haben die Wähler bewusst Erfolge honoriert und/oder Opportunismus abgestraft. 60 % der Mitglieder des 2009 gewählten Parlaments sind Neulinge. Dies zeigt einerseits, dass die Wähler ihre Unzufriedenheit mit einzelnen Abgeordneten klar ausgedrückt haben, und stellt andererseits eine Herausforderung für die Parlamentsarbeit dar.

Der Dezentralisierungsprozess ist ins Stocken geraten. Die seit langem überfälligen Kommunalwahlen wurden bis jetzt nicht durchgeführt. Inzwischen wurde dem Staatspräsidenten das Recht übertragen, den Termin für die Kommunalwahlen zu bestimmen. Diese werden voraussichtlich vor Dezember 2010 stattfinden.

Den Parteien mangelt es an innerparteilicher Demokratie. Sie werden in der Regel von den Vorsitzenden dominiert, und jüngere Mitglieder haben es schwer, mitzubestimmen. Die Regierungspartei DPP steht angesichts ihres Wahlsieges vor der Herausforderung, ihre Parteistrukturen entsprechend auf- und auszubauen, für die Oppositionsparteien stellt sich die Frage der Bewältigung der Verluste und möglicher Wechsel in der Führungsspitze.

Die Strukturen für ein funktionierendes Justizsystem sind geschaffen, die Umsetzung ist allerdings verbesserungswürdig. Dies liegt teilweise an der mangelnden Ausbildung von Juristen und an fehlenden Kenntnissen in der Bevölkerung zu ihren Rechten und Pflichten. Der Oberste Gerichtshof und die Justizorgane müssen weiterhin an ihrer institutionellen Festigung und ihrer Unabhängigkeit arbeiten. Eine weitere Herausforderung für das Land stellt die Armutsbekämpfung dar.

Stand: 25. März 2010